



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Konferenz der Kantonsregierungen
Sekretariat
Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach 444
3000 Bern 7

Zug, 16. August 2011 hs

Erneuerung Rahmenvereinbarung E-Government Schweiz: Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantonsregierungen hat uns mit Schreiben vom 1. Juli 2011 eingeladen, zur erneuerten Rahmenvereinbarung E-Government Schweiz bis 26. August 2011 Stellung zu nehmen.

Wir haben die uns zugestellten Unterlagen geprüft und unter der Federführung der Finanzdirektion ein verwaltungsinternes Mitberichtsverfahren durchgeführt. Die Fragen auf Seite 2 Ihres Schreibens können wir wie folgt beantworten:

Frage 1: Sind Sie mit der Erneuerung der Rahmenvereinbarung um weitere vier Jahre (2012 - 2016) einverstanden (Art. 1)?

Ja.

Frage 2: Unterstützen Sie die angestrebte Stärkung der E-Government Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen (Art. 2-4)?

Ja. Die Stärkung der Zusammenarbeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für die weiterhin erfolgreiche Umsetzung des E-Government.

Frage 3: Erachten Sie die vorgeschlagenen Aufgaben, Kompetenzen und Organisation des politischen Steuerungsausschusses als zweckmässig (Art. 7-9)?

Ja.

Frage 4: Sind Sie mit der gemeinsamen Finanzierung durch Bund und Kantone der Geschäftsstelle und der Vorhaben im Aktionsplan einverstanden (Art. 14-15)?

Die Umsetzung des E-Government Schweiz braucht eine tragfähige Finanzierungsbasis an der sich auch die Kantone beteiligen. Wir sind jedoch lediglich mit der gemeinsamen Finanzierung

der Vorhaben im Aktionsplan im Sinne einer Anschubfinanzierung des E-Government einverstanden. Aufgrund der bereits abgeschlossenen Budgetierung 2012 werden die entsprechenden Mittel erst ab 2013 zur Verfügung stehen.

Eine gemeinsame Finanzierung der Geschäftsstelle E-Government Schweiz lehnen wir ab. Aufgrund ihrer klaren Einbettung in der Bundesverwaltung ist die Geschäftsstelle weiterhin vom Bund alleine zu finanzieren. Nur so kann diese ihre Verantwortung ungeteilt wahrnehmen und eine koordinierte Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz sicherstellen.

Frage 5: Haben Sie weitere Bemerkungen zum Entwurf der revidierten Rahmenvereinbarung?

Die Stossrichtung der Rahmenvereinbarung begrüssen wir ausdrücklich. Wir erhoffen uns vom neuen Instrument des «Aktionsplans» künftig eine Fokussierung auf gemeinsame Umsetzungsschwerpunkte. Zudem wünschen wir uns eine rasche, verbindliche Festlegung der Projekte, welche in den Aktionsplan aufgenommen werden und eine optimale Zusammenarbeit der einzelnen Organe der E-Government Organisation, insbesondere zwischen der Geschäftsstelle und den federführenden Organisationen.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Matthias Michel
Landammann

Tino Jorio
Landschreiber

Kopie an:

- mail@kdk.ch
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Finanzdirektion
- Volkswirtschaftsdirektion
- Staatskanzlei